

W

Europa

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

- Europäisches Technologieinstitut -

Die Kommission hat im Februar 2006 ihre konkretisierten Pläne zur Schaffung eines Europäischen Technologieinstitutes (ETI) vorgelegt, das zu einem „Magneten für die besten Köpfe, Ideen und Unternehmen aus der ganzen Welt“ werden und helfen soll, Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung (FuE) schneller und effektiver zu vermarkten. Mittelbar soll so auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU gefördert werden. Seit Bekanntwerden der Pläne hat sich eine lebhafte Debatte über Sinn und Zweck sowie Organisationsstruktur und Sitz einer solchen Einrichtung entwickelt. Was den Sitz des ETI betrifft, wurden sogar einzelne Stimmen laut, die eine Ansiedlung in Straßburg anregten – als Anreiz für Frankreich, im Gegenzug endgültig auf den bei vielen Abgeordneten unbeliebten Tagungsort des Europäischen Parlaments zugunsten von Brüssel zu verzichten.

1. Einführung

Obwohl in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen auf nationaler und europäischer Ebene zur Steigerung der Effektivität und Leistungsstärke von Forschung, Ausbildung und Innovation ergriffen und die Verbindung zwischen diesen Bereichen gestärkt wurde, reicht dies nach Ansicht der Kommission nicht aus: Insbesondere vor dem Hintergrund der Ziele von Lissabon – der umfassenden Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in der EU – müssten weitere wesentliche Schritte unternommen werden, um **Ergebnisse aus FuE optimal in wirtschaftliche und gesellschaftliche Werte umzusetzen**, Ressourcen im Forschungs- und Universitätsbereich zu konzentrieren und insgesamt eine für Innovation und unternehmerische Initiative offenere Kultur in Forschung und Ausbildung zu schaffen.

Im Bemühen um ein Organisationsmodell, das den Bedürfnissen innovativer Wissenschaft Rechnung tragen soll, stellte die Kommission am 22. Februar 2006 im Rahmen einer **Mitteilung** ihre konkretisierten Pläne für ein ETI vor, die auf einem Vorschlag im Rahmen der Halbzeitüberprüfung der Lissabonner Strategie von 2005 sowie den Ergebnissen einer öffentlichen Konsultation beruhen. Für eine Errichtung ist allerdings noch die Verabschiedung eines Rechtsinstruments erforderlich, für das die Kommission im Laufe des Jahres 2006 einen Vorschlag vorlegen will.

Ziel des Instituts soll es sein, ähnlich wie das amerikanische Massachusetts Institute of Technology (MIT), **Ausbildung, Forschung und Innovation zu verknüpfen**. Das ETI soll in seinen sog. „Wissensgemeinschaften“ Hochschulabteilungen, Unternehmen und Forschungsinstituten, die Spitzenleistungen erbringen, zusammenführen und damit helfen, sowohl die aktuelle Zersplitterung von Ressourcen im Hochschul- und Forschungsbereich als auch die „kulturelle und intellektuelle Kluft“ zwischen Forschern und Unternehmern zu überwinden. Das ETI soll vor allem der Förderung der Vermarktung von Forschungsergebnissen dienen. Durch die institutionalisierten Kontakte des ETI zu Unternehmen, die in die Teams der Wissensgemeinschaften eingebunden sind, soll sichergestellt werden, dass sich seine Arbeit mit den Marktbedürfnissen deckt. Die Kommission fasst die **Aufgaben** wie folgt zusammen: (1) Ausbildung auf postgraduellem Niveau, trans- und interdisziplinäre Forschung; (2) Entwicklung von Forschungs- und Innovationsmanagementkompetenz; (3) Gewinnung der weltweit besten Forscher und Studierenden; (3) Verbreitung neuer Organisations- und Führungsmodelle; (4) Auftreten als neues europäisches Markenzeichen in der Wissenslandschaft.

Zu den inhaltlichen **Schwerpunkten** sollen transdisziplinäre Arbeitsgebiete (Mechatronik, Bioinformatik) und interdisziplinäre Bereiche (Bioenergie, Klimawandel, Alternde Gesellschaft

etc.) gehören. Ergebnisse sollen in einem Zeitrahmen von 10-15 Jahren geliefert werden.

2. Struktur des ETI

Neben dem **Verwaltungsrat** als Leitungsgremium soll das ETI vor allem die sog. Wissensgemeinschaften umfassen. Die Zuständigkeit des Verwaltungsrates, in dem herausragende unabhängige Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft vertreten sein sollen, erstreckt sich auf die Ausarbeitung einer Gesamtstrategie, die Auswahl, Kontrolle und Evaluation der Wissenschaftsgemeinschaften sowie die Verwaltung des Budgets und die Zuteilung von Ressourcen.

Unter „**Wissensgemeinschaften**“ versteht die Kommission „Partnerschaften mit bestehenden Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen“. Im Unterschied zu klassischen Netzwerken sollen die beteiligten Einrichtungen nicht nur eine Zusammenarbeit vereinbaren, sondern eigene Ressourcen – Infrastruktur, Personal und Ausrüstung – für das ETI abstellen. Entscheidendes Merkmal dieser teilnehmenden Fachabteilungen bzw. Teams, die sich der Postgraduiertenausbildung und Forschung widmen, ist die Unabhängigkeit von ihren jeweiligen Ursprungseinrichtungen für die Zeit der Eingliederung in Programme des ETI. In dieser Zeit sollen die Wissensgemeinschaften einen eigenständigen Status erhalten, rechtlich Teil des ETI werden und nur gegenüber dem Verwaltungsrat rechenschaftspflichtig sein. Ein klassisches Hochschulnetzwerk würde nach Ansicht der Kommission nicht die erforderliche Offenheit und Flexibilität aufweisen. Zudem würden Spitzenleistungen häufig von einzelnen Abteilungen und Teams, nicht von ganzen Hochschulen geleistet.

Anreize zur Teilnahme und Abstellung von Abteilungen an das ETI seien die privilegierten und imagefördernden Beziehungen zur europäischen Spitzenforschung, der Übergang von Wissen auch auf nicht angeschlossene Abteilungen der Partneereinrichtungen, ggf. finanzielle Ausgleichsleistungen und die aus der Zusammenarbeit resultierenden Standortvorteile.

3. Finanzierung und Sitz des ETI

Für den Zeitraum 2009-2013 sollen die Mitgliedstaaten, die EU und Wirtschaftskreise ca. **1 bis 2 Milliarden Euro** für das Projekt zur Verfügung stellen. Die Finanzierung durch Unternehmen kann sowohl durch die Vergabe von Aufträgen, die Bereitstellung von Abteilungen, die einer Wissensgemeinschaft angehören, als auch durch Spenden bzw. Sponsoring erfolgen. Weiterhin soll sich das ETI im Wettbewerb mit anderen Einrichtungen um nationale und gemeinschaftliche Drittmittel bewerben und sich auch Mittel aus Studiengebühren etc. erschließen.

Als mögliche **Standorte** des Instituts wurden bislang unter anderem Paris und Straßburg ins Spiel gebracht. Während sich Frankreich für Paris als Sitz stark macht, sprachen sich der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments (EP), Giles Chichester, sowie eine Reihe anderer Abgeordneter sogar für eine Ansiedlung des Technologieinstituts in den Gebäuden des EP in Straßburg aus, wenn dieses – wie von vielen Europaabgeordneten befürwortet – im Gegenzug endgültig seinen Sitz nach Brüssel verlegen würde. Einige EP-Abgeordnete haben sogar bereits „COMETIS“ (Committee for a European Technology Institute in Strasbourg) ins Leben gerufen. Andererseits bedeutet die Schaffung einer neuen Einrichtung nicht notwendig, dass sich diese an einem einzigen Standort befinden muss. Nach Planung der Kommission sollen die Partner des ETI, also Hochschulen und Unternehmen, grundsätzlich zwar Ressourcen wie Infrastruktur und Personal für das Institut abstellen, Personal und Ausrüstung sollen dabei aber weiterhin an ihren ursprünglichen Standorten angesiedelt bleiben. Trotzdem soll die Wissensgemeinschaft als „integriertes Ganzes“ arbeiten.

4. Kritik

Wie andere **Universitätskreise** befürchtet etwa der Europäische Hochschulverband (EUA), die Errichtung des ETI könnte zu einer intellektuellen Fragmentierung der Universitäten und einer „Abwanderung“ der jeweils besten Wissenschaftler führen. Häufig werden aus den Universitäten auch Bedenken geäußert, die Schaffung des ETI könnte zu einer Verschwendung von EU-Geldern für eine ineffektive Prestigeinstitution („costly white elephant“) führen – zu Lasten bestehender Einrichtungen. Auch der EUA befürwortet die Schaffung eines derartigen Institutes nur unter der Bedingung, dass dies nicht zu einer finanziellen Benachteiligung anderer Institutionen, wie z. B. des Europäischen Forschungsrates (EFR) führt. Der EFR wird im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms für die Finanzierung von „Pionierforschung der Spitzenqualität“ zuständig sein (nicht aber selbst forschend tätig werden) und im Januar 2007 operationell sein.

Der **Forschungsbeirat** der Kommission (EURAB) vertritt die Meinung, eine Forschungseinrichtung von Weltklasse könne nicht von oben geschaffen, sondern müsse vielmehr durch gezielte Anreize für Forschung und Innovation aus bereits bestehenden Instituten hervorgehen. Sogar der – nicht federführend zuständige – Forschungskommissar Potočnik befürwortet eher ein Modell der Unterstützung existierender Forschungszentren, keine neue Institution.

Ähnliche Kritik äußerte auch der **Bundesrat** in seiner Stellungnahme. Insgesamt werde die

Frage nach dem europäischen Mehrwert eines ETI und der Notwendigkeit einer zusätzlichen Einrichtung auf EU-Ebene im Hinblick auf die bereits bestehenden Instrumente von der Kommission nicht beantwortet. Mit den Zielen der Beschleunigung von Innovation und Marktzugang für Forschungsergebnissen sowie der besseren Einbindung der Industrie seien schon eine Reihe von europäischen Initiativen tätig, wie der Europäische Forschungsrat, die Gemeinsame Forschungsstelle, die Exzellenznetzwerke und das Wettbewerbs- und Innovationsprogramm (CIP). Durch Schaffung paralleler Einrichtungen drohe eine Zersplitterung der vorhandenen Ressourcen. Ohnehin sei die Frage der Finanzierung des ETI nicht geklärt. Soweit die Kommission dem ETI zusätzlich auch die Aufgabe zuweisen wolle, Ausbildung auf postgraduellem Niveau zu vermitteln, spricht der Bundesrat der EU eine Kompetenz in diesem Bereich ausdrücklich ab und sieht im Tätigwerden der Kommission in diesem Bereich zudem einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Der Bundesrat spricht sich, in Übereinstimmung mit ersten Einschätzungen der Bundesregierung, für ein eher **traditionelles, dezentrales Netzwerk** von Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus, ohne die von der Kommission geplante Herauslösung von Teilen der Universitäten und Forschungseinrichtungen unter Mitnahme von Ressourcen.

5. Ausblick

Der **Europäische Rat** (ER) am 23. März 2006 erkannte in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes das Bedürfnis nach Schaffung eines Technologiezentrums an. Um „das bisher fehlende Bindeglied zwischen Hochschulen, Forschung und Innovation zu schaffen“ sei „ein auf einem für alle Mitgliedstaaten offenen erstklassigen Netz beruhendes Europäisches Technologieinstitut ein wichtiger Schritt“. Der ER betonte auch die Rolle der bestehenden Institutionen und des Europäischen Forschungsrates. Damit machte der ER offenbar seine Vorliebe für ein klassisches Netzwerkmodell deutlich. Abschließend ersuchte er die Kommission, bis Mitte Juni 2006 einen Vorschlag zu den weiteren Schritten vorzulegen.

Die Kommission hat angekündigt, im Laufe des Jahres 2006 sowohl eine detaillierte Folgenabschätzung inklusive einer umfassenden Prüfung der rechtlichen und finanziellen Auswirkungen vorzulegen, als auch den Vorschlag für ein **Rechtsinstrument**, das Einrichtung und Ziele des ETI festlegt und die notwendigen Vorschriften zur Arbeitsweise umfasst. Sofern das Rechtsinstrument zur Einrichtung des ETI – wie von der Kommission anvisiert – spätestens im Jahr 2008 verabschiedet würde, könnten danach der Verwaltungsrat ernannt und erste Mitarbeiter eingestellt werden. 2009 soll dann mit Festlegung der ersten Wissensgemeinschaften die Arbeit aufgenommen werden.

Quellen:

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat, Umsetzung der erneuerten Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Markenzeichen für Wissen: Das Europäische Technologieinstitut, 22.02.2006, KOM(2006) 77 endgültig.
- European Institute of Technology: the Commission proposes a new flagship for excellence IP/06/201, 22.02.2006, <http://www.europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/201&format=HTML&aeed=0&language=EN&guiLanguage=en> [Stand: 4.5.2006].
- The Scientist: EU plans institute to rival MIT, <http://www.the-scientist.com/news/display/23139/>.
- Kommission enthüllt Pläne für Europäisches Technologieinstitut, 23.2.2006, <http://www.euractiv.com/de/wissenschaft/kommission-enthueellt-plaene-fuer-europaeisches-technologieinstitut/article-152877> [Stand:4.5.2006].
- Europäische Universitäten kritisieren Technologieinstitut-Pläne, 6.4.2006, <http://www.euractiv.com/de/bildung/europaeische-universitaeten-kritisieren-technologieinstitut-plaene/article-154086> [Stand: 4.5.2006].
- Frankreich will Europäisches Technologieinstitut in Paris bauen, 12.10.2005, <http://www.euractiv.com/de/wissenschaft/frankreich-will-europaeisches-technologieinstitut-paris-bauen/article-145730> [Stand: 8.5.2006].
- Bundesrat, Beschluss des Bundesrates vom 7.4.2006, BR-Drucksache 172/06 (Beschluss): Mitteilung der Kommission [...], KOM(2006) 77 endg.; Rats-Dok. 6844/06, http://www.bundesrat.de/coremedia/generator/Inhalt/Drucksachen/2006/0172_2D06B,property=Dokument.pdf [Stand: 8.5.2006].
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Tagung vom 23./24. März 2006 in Brüssel), in: Rat der Europäischen Union, Übermittlungsvermerk des Vorsitz an die Delegationen, Rats-Dok. 7775/06 vom 24.3.2006, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf [Stand: 8.5.2006].